

23. XII. 1917.

IV. Antrag des Senats, betreffend die Erhöhung des Gaspreises.

Der Senat legt folgenden Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Gaspreises vor: Mit Wirkung von der ersten nach dem 31. Dezember 1917 stattfindenden Aufnahme der Gasmesserstände wird der Preis für das von den städtischen Gaswerken gelieferte Gas auf 20 Pfg. für das Kubikmeter erhöht.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: Antrag von H. Stubbe und Genossen: Wir beantragen, dem Gesetz folgenden Absatz hinzuzufügen: "Dieses Gesetz tritt mit Ablauf eines Jahres nach Friedensschluß außer Kraft."

Antrag von Dr. Bauer und Genossen: Wir beantragen, in dem Gesetz zwischen den Worten "Kubikmeter" und "erhöht" die Worte "auf die Dauer von drei Jahren" einzufügen.

H. Stubbe (S.): Im vorigen Jahre haben wir den Antrag auf Erhöhung des Gaspreises auf 16 Pfg. abgelehnt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Die Herstellungskosten des Gases haben sich erhöht. Wir werden deshalb nicht um eine Erhöhung herumkommen.

Dr. Bauer (L.): Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß das neue Gesetz so bald wie möglich wieder rückgängig gemacht wird. Die Erhöhung des Preises haben wir für heute für nötig. Wir ziehen aber unseren Antrag zugunsten des Stubeischen zurück, um ein möglichst einstimmiges Ergebnis zu erzielen.

Hauptmann (M.): Ich bitte um Ablehnung des Antrages Stube. Der Senatsantrag hätte schon eher, mit Wirkung vom 1. Juli an, kommen müssen. Alle Kosten haben sich bedeutend erhöht. Wir müssen zum Beispiel heute für unsere Kohlen 36 Mark bezahlen gegen 15 Mark vor dem Kriege.

Berstiel (Z.): Auch wir sind bereit, dem Senatsantrag zuzustimmen. Die kleinen Gewerbetreibenden werden allerdings darunter leiden, aber der Krieg erfordert diese Maßnahme. Wir wären für den Antrag Dr. Bauer gewesen (Zuruf: Wird wiedergelacht!).

Dr. Max Sohn (L.): Man kann auf dem Standpunkt Hauptmanns stehen, aber auch für den Antrag Dr. Bauer sein. Für die kleinen Gewerbetreibenden und die kleinen Leute müssen die Gaspreise so sein, daß sie mit dem best. elctrischen Licht konkurrieren können.

Dr. Ködeler (B. L.): Auch wir erkennen an, daß der Gaspreis erhöht werden muß. Der Senatsantrag ist diesmal leider begründet als der damalige. Da man aber nicht übersehen kann, ob die Erhöhung nach dem Kriege noch nötig ist, müssen wir die Sache in der Hand behalten.

Hauptmann (M.): Die Erdgasquelle wird wohl bald ausbleiben; wir rechnen jede Woche damit. Das ist sehr zu bedauern, aber nicht zu ändern. Die angerigte Verreinigung von Stadtwerkstoff und Gaswerken halte ich für sehr gut.

H. Stubbe (S.): Die Produktionskosten werden sich sicher nach dem Kriege niedriger gestalten. Die Teuerungszulagen z. B. werden doch nicht in ihrer jetzigen Höhe bestehen bleiben. Der Preis soll natürlich nicht mitten in einem Monat, sondern erst nach der nächsten Aufnahme erniedrigt werden.

Berstiel (Z.): Ich nehme den Antrag Dr. Bauer in seiner ersten Form wieder auf. Dr. Max Sohn (L.) tritt für den Antrag Dr. Bauer in seiner ursprünglichen Form ein. Der Antrag Dr. Bauer-Berstiel wird angenommen, der Senatsantrag ebenfalls.

V. Antrag des Senats betreffend die Veranschlagung weiterer Mittel für die durch den Krieg erwachsenden Ausgaben.

Der Senat beantragt die Bewilligung von 20 Millionen Mark.

Blaten (B. L.): Die Ankündigung der Herabsetzung der Fettration auf 62 1/2 Gramm hat große Befürchtung hervorgerufen. Die Begründung dieser Maßnahme ist nicht überzeugend. Solange das Pfund Butter in Hamburg im Schleichhandel noch für 16 bis 18 Mark vertrieben wird, haben wir nicht das Empfinden, als ob das Erlassen der Produktion so geregelt ist, wie es nötig ist.

Weiter treibt mich die Sorge um die Kartoffelversorgung auf die Tribüne. Ich erkenne durchaus die Notlage des Landmannes infolge des Futtermangels an. Aber erst kommt doch der Mensch. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Deutsche Städtetag sich gegen die Aufhebung des Kartoffelverfälschungsverbot's ausgesprochen hat. Dieser gehört Hamburg den Städtetage nicht an. Dafür sollen uns auch die ersten Schwierigkeiten in der Nahrungsvororgung gelommen sein. Der Städtetag bringt auf eine Heraushebung der Kartoffelration von 7 auf 10 Pfund. Wir in Hamburg bekommen nur 6 1/2 Pfund. In andern Städten werden die Schwerarbeiter doch durch die Bewilligung von 7 Pfund nicht benachteiligt.

Hanse (S.): Die jetzigen Unterstützungssätze halte ich nicht für ausreichend, und ich bedauere, daß der Senat dem Wunsche der Arbeiter, ein Einkommen der Kriegerfrauen bis zu 100 Mark nicht anzurechnen, nicht Folge geleistet hat. Die beim Staat beschäftigten Hilfsarbeiter klagen bitter darüber, daß sie mit ihrem Lohn nicht auskommen können. Die Kaufkraft des Geldes ist doch von mindestens die Hälfte heruntergegangen. In der Sache der Lebensmittelversorgung muß man sich jetzt doch fragen, ob es bewußte oder unbewußte Unfähigkeit des Kriegsvororgansamtes in Berlin ist, wenn jetzt noch nicht alles so klappt, wie es müßte.

Hirsch (L.): Wir haben bisher geschwiegen, weil es sich um Unterstützungen für die Minderbemittelten handelt, mit Rücksicht auf das Ausland, und um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Diesem Zweck dient die eben gedörte Rede nicht. Ich komme außerdem zu ganz anderen Schlüssen als der Vorredner. Sollen wir noch mehr neue Zwangsbezwirtschaftungen haben? Sie haben sich doch durchaus nicht bewährt! Es liegt am System. Wir müssen so schnell wie möglich zum freien Handel zurückkehren. Wir sollten uns hüten, der Wirtschaft Vorschub zu leisten. (Bravo!)

Bieber (M.): Das Hamburger System erfüllt vollständig seinen Zweck, da es richtig ausgeführt wird. Die hohen Gemüsepreise kommen daher, daß die Gemüsehändler den hohen Preis bieten, weil sie Monopolist dafür haben. Wenn der Staat selbst so hohe Preise festsetzt, wie z. B. 70 Pfennig für Suppenkraut, darf man sich über nichts mehr wundern. Wenn wir jetzt zum freien Handel zurückkehren, würden noch viel größere Mißstände entstehen. (Sehr richtig! links.) Das muß ganz allmählich geschehen.

Dr. Knauer (M.): Das Gesetz über die Unterstützungen hat seine Voraussetzung in der Bedürftigkeit. Es wird bei uns durchaus liberal durchgeführt. Eine verständige Kriegerfrau wird sich sagen, daß sie sich auch bei dem System der Kürzungen gut sieht, und wird ihre Arbeit nicht niederlegen.

Jacobey (L.): Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Hirsch. Der Staatssozialismus hat vollständig versagt. Was über den Schleichhandel gesagt wird, ist zum Teil sehr übertrieben. Was durch den Schleichhandel kommt, kommt meistens aus Schweden und Dänemark. Jetzt ist es allerdings vorbei damit. Die hohen Preise dabei rühren vielfach von der Valuta her. Als Jammern hat keinen Zweck; die Hauptange ist, daß der Krieg uns den Frieden verschert.

Wolffhagen (Z.): Das Allerübelste ist, daß jetzt Uevertretungen gar nicht mehr als unmoralisch empfunden werden. Was soll geschehen? Sehr sofort zum freien Handel zurückkehren, ist nicht richtig, aber noch auf anderen Weichen Zwangsbezwirtschaftung einzulegen, das ist auch nicht richtig. Ganz allmählich muß der freie Handel wieder in seine Rechte eingesetzt werden.

Schrader (S.): Was wäre wohl geworden, wenn das Reich nicht das ganze Getreide beschlagnahmt hätte? Wenn alles, was noch auf dem Lande vorhanden ist, erfasst würde, könnten manche keine Rationen erhalten. Es ist auch nicht richtig, daß ungerecht verteilt wird. Getreide sind z. B. bei einer Alpenverteilung etwa 1000 Nummern, die an der Reihe gewesen wären, einfach überfallen worden.

Hanse (S.) tritt nochmals für die Kriegerfrauen ein. Für die Zulagen für Schwerarbeiter müßte das ganze Reich mit einstimmen; Hamburg allein kann sie bei der großen Anzahl nicht tragen. Wenn wir die Zwangsbezwirtschaftung nicht hätten, wäre unsere ganze Wirtschaft schon zusammengebrochen. Was Herr Hirsch über den freien Handel gesagt hat, hat Herr Bieber am besten widerlegt. Herr Jacobey sollte die Veranschlagung des Neuföllner Magistrats lesen.

Blaten (B. L.): Die Frage "Freien Handel oder Zwangsbezwirtschaftung?" können wir heute nicht lösen. Beim Gemüße haben wir Lieferungsverträge gehabt, also freien Handel, aber sie haben sich nicht bewährt. Beim heutigen Warenmangel können wir nicht zum freien Handel zurückkehren.

Hoffmann (S.): Wir haben uns zu Anfang, des Auslandes wegen, Beschränkung in der Behandlung der Lebensmittelfrage aufgesetzt, aber heute weiß doch das Ausland Bescheid. Hauptsächlich tritt der Senat jetzt energisch gegen eine Aufhebung des Kartoffelverfälschungsverbot's ein. Der Staatssozialismus würde ganz anders aussehen, als das jetzige System der Zwangsbezwirtschaftung.

Büll (B. L.): Wir sind nun einmal in diese Wirtschaftsweise hineingekommen, und da dürfen wir keine grundlegenden Aenderungen einführen; das wäre sehr schädlich. Besser wäre es allerdings gewesen, wir hätten das frühere Verhältnis des Produzenten zum Kaufmann und des Kaufmanns zum Konsumenten behalten. Wenn der Schleichhandel keine Bedeutung hätte, hätte sich ja das jetzige System völlig bewährt. Das ist aber doch nicht der Fall.

Hirsch (L.): Ich habe nicht verlangt, daß die Zwangsbezwirtschaftung sofort aufgehört solle. So bald wie möglich muß das aber geschehen. Die Konkurrenz wird der beste Regulator sein. Ueber die Verteilung der Lebensmittel kann man sich in Arbeiterkreisen im allgemeinen nicht beklagen.

Jacobey (L.) spricht noch einmal über Staatssozialismus und Schleichhandel. Krause (S.): In diesen Tagen wird ein neues System der Knochenverteilung eingeführt. Wer jetzt überfallen ist, wird in der nächsten Zeit an die Reihe kommen.

Nach nochmaligen Ausführungen Jacobey wird der Senatsantrag angenommen.

VI. Antrag des Senats betreffend Nachbewilligung auf Art. 87 Ziffer 37 des Staatshaushaltsplanes für 1917.

Der Senat ersucht die Bürgerschaft, mitzugenehmigen, daß auf Art. 87 Ziffer 37 des Staatshaushaltsplanes für 1917 der Betrag von 85 000 Mk. nachbewilligt wird.

Der Antrag wird angenommen. Der Präsident wünscht ein frohes Weihnachtstfest. Schluß 9 1/2 Uhr.